



Newsletter der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel! Nr. 25 vom 18.10.2013

Liebe Abonentinnen und Abonenten,

die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ hat mit den Bundestagswahlen ihre dritte und letzte Phase erfolgreich abgeschlossen. Nun gilt es, Bilanz zu ziehen: Was haben wir erreicht, was hat sich bewährt, was lief weniger gut, wo wollen wir neue Wege finden? Weil die Kampagne vieles erreicht hat, wollen viele sie weiterführen. In welcher Form und mit welchen Etappen das geschehen soll, wird bereits diskutiert und bei einem Auswertungswochenende vom 29. November bis 1. Dezember 2013 vereinbart werden.

Die Unterschriften für ein Rüstungsexportverbot sollen am 26. Februar 2014 (dem Aktionstag der Kampagne in Anlehnung an Artikel 26, Absatz 2 des Grundgesetzes) an die Bundesregierung übergeben werden und auch dem Petitionsausschuss, damit dieser eine Sondersitzung des Bundestags zu Rüstungsexporten bewirken soll. Es lohnt sich also, fleißig weitere Unterschriften für das Rüstungsexportverbot zu sammeln. Unterschriftenlisten können Sie auf unserer Website unter [Materialien](#) herunterladen und ausdrucken oder bei Ohne Rüstung Leben (ORL) bestellen: orl-info@gaia.de. Natürlich kann die Forderung auch online auf unserer [Mitmachen-Seite](#) unterschrieben werden (oder alternativ auf der [ORL-Seite](#)). Und vergessen Sie nicht, die E-Mail-Aktion an Kanzlerin Angela Merkel zu unterstützen.

Weitere interessante Neuigkeiten finden Sie auch in der Rubrik "[Neues](#)".

Mit herzlichen Grüßen

Anke Wollny und Otto Reger
Online-Redakteurin und Online-Redakteur der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!

1

[Aktion von Ohne Rüstung Leben: Stehen Sie für Frieden, Frau Merkel?](#)

Frau Merkel bleibt wohl Kanzlerin. Wie viele Rüstungsexporte künftig genehmigt werden, ist noch offen. Politiker von CDU/CSU wollen sie jedenfalls noch steigern. Beteiligen Sie sich daher an der E-Mail-Aktion von Ohne Rüstung Leben, um dem vorzubeugen.

[Neue Bundestagsabgeordnete mehrheitlich gegen Waffenlieferungen in Konfliktregionen](#)

Im Rahmen seines Kandidaten-Checks hat abgeordnetenwatch.de die neuen Abgeordneten im Bundestag unter anderem nach ihrer Position zum Thema Waffenlieferungen in Konfliktregionen befragt. Das Ergebnis ist eindeutig: 488 lehnen solche Rüstungsexporte ab.

[Seit 1997 wurden mehr als 1.850 Bundeswehrpanzer exportiert](#)

Wie der Bundestag erklärt, sind seit 1997 1.853 ursprünglich an die Bundeswehr gelieferte Panzer an andere Länder verkauft worden – insbesondere nach Griechenland. Hinzu kämen noch drei Panzerlieferungen an Singapur, deren Stückzahl aber geheim sei.

[TV-Tipp: Extra 3 - Ausfuhrkontrolleur Johannes Schlüter](#)

Das Polit-Satiremagazin des NDR „Extra 3“ nimmt deutsche Rüstungsexporte aufs Korn.

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

www.aufschrei-waffenhandel.de

Neuer Newsletter vom Deutschen Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen (DAKS)

In der neuesten Ausgabe des DAKS-Newsletters geht es unter anderem um das in Spanien in Lizenz produzierte G36-Gewehr von Heckler & Koch, den neuen Small Arms Survey und das neue SIPRI-Jahrbuch und um ein mögliches deutsch-mexikanisches Polizeiabkommen.

Bischöfin Junkermann: Appell für Einsatz gegen Produktion und Export von Waffen

Anlässlich des Tages der deutschen Einheit hat die mitteldeutsche Landesbischöfin Ilse Junkermann den Einsatz Deutschlands gegen die Produktion und den Export von Kriegswaffen und für einen gerechten Frieden gefordert.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV): Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und die Türkei sofort einstellen

Die GfbV befürchtet, dass deutsche Rüstungsgüter über Saudi-Arabien und die Türkei in die Hände radikaler Islamisten in Syrien gelangen. Sie appellierte daher an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Rüstungsexporte an diese beiden Staaten nicht zuzulassen.

Hermesbürgschaften: Bundesregierung sichert Rüstungsexporte mit 1,6 Mrd. Euro

Wie die Bundesregierung in einer Pressemitteilung erklärt, hat sie zur Absicherung von Rüstungsexporten aktuell eine vorläufig Deckungszusage in Höhe von 1,6 Milliarden Euro gegeben. Das gehe aus ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der LINKEN hervor.

Riexinger: „Das Geschäft mit dem Tod muss ausgetrocknet werden.“

Nachdem bekannt geworden ist, dass Deutschland in der Vergangenheit nicht nur chemiewaffenfähige Stoffe, sondern auch Teile für den Bau von Giftgasfabriken nach Syrien geliefert hat, fordert LINKEN-Chef Bernd Riexinger eine Reform der Rüstungskontrolle.

2

Aktion Aufschrei können Sie auch so unterstützen:

- Facebook-Präsenz besuchen und „teilen“ oder „mögen“

<https://www.facebook.com/Stopptdenwaffenhandel>

- Folgen Sie uns auf Twitter“

<https://twitter.com/AktionAufschrei>

- Petition unterzeichnen

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Unterschreiben-Sie-jetzt.76.0.html>

- Mitgliedschaft im Aktionsbündnis

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Mitgliedschaft-im-Aktionsbuend.174.0.html>

- Eigene Veranstaltung planen

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Veranstaltung-planen.71.0.html>

- Spenden

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Spenden.75.0.html>

- Newsletter direkt abonnieren:

<https://info.dfg-vk.de/listinfo/aufschrei-waffenhandel-info>

- Newsletter per E-Mail abonnieren

newsletter-bestellen@stoppt-den-waffenhandel.de

Rückmeldung: Lob, Kritik, Anregungen bitte E-Mail an:

info@aufschrei-waffenhandel.de